

# Großkreise, herzlich willkommen

Der Innenminister verlangt klare Weichenstellungen und klare terminliche Festlegungen **KW 19.09.06, S. 15**

**Kiel – Innenminister Ralf Stegner hat die Überlegungen von CDU-Fraktionschef Johann Wadepuhl aufgegriffen: Will die CDU bei der kommunalen Strukturreform mehr erreichen, als im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, sei das „herzlich willkommen“, sagte er im Interview. Aber: „Wenn er geht auf gar keinen Fall.“**

## INTERVIEW

Mit Ralf Stegner sprach unsere Redakteurin Uta Wilke

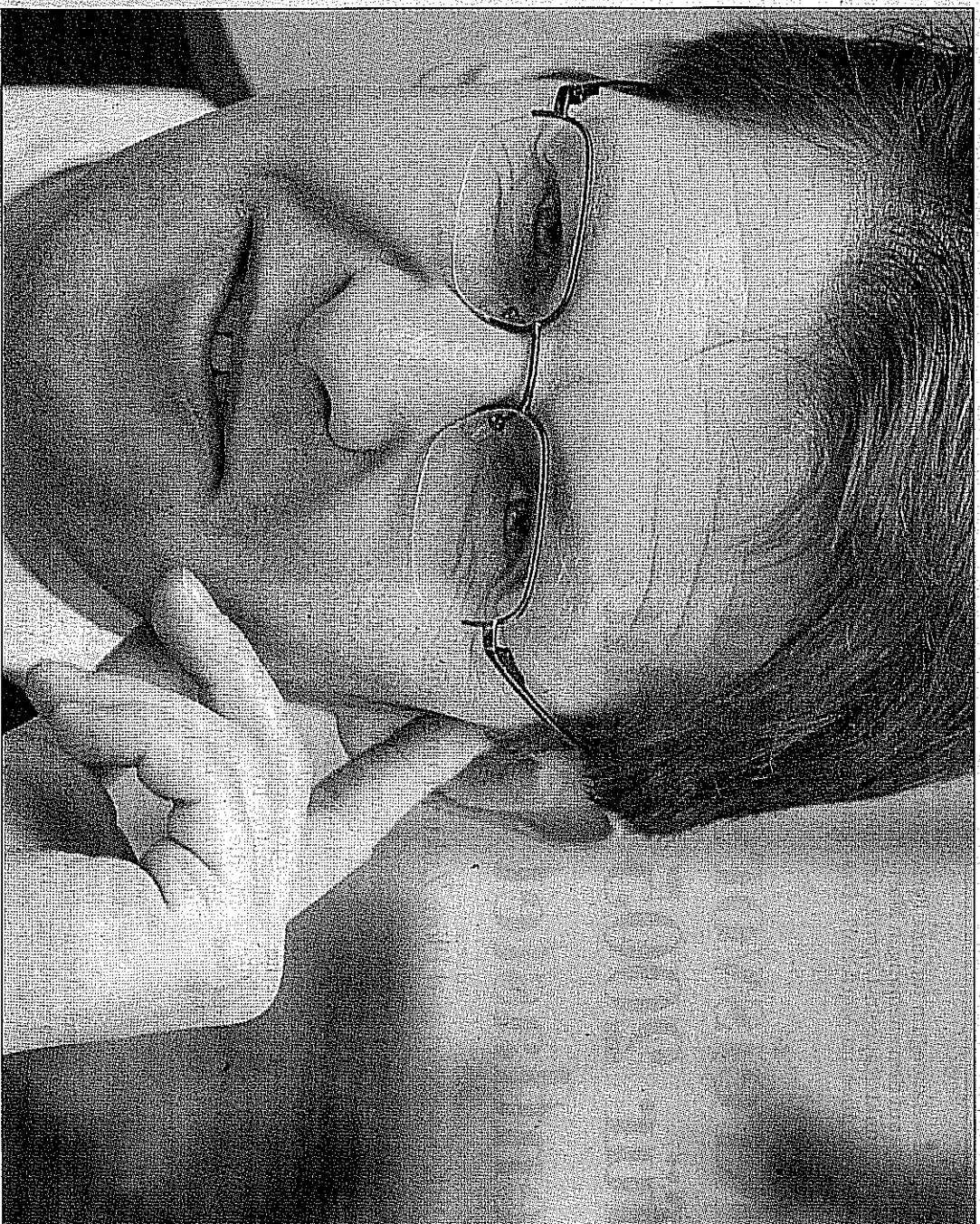
**In der CDU gibt es eine Bewegung weg von den geplanten vier kommunalen Verwaltungsregionen hin zu Großkreisen. Das würde eine Verschiebung der Verwaltungsstrukturreform beinhalten. Spielen Sie damit?**

Die kommunalen Verwaltungsregionen sind das Produkt der Koalitionsvereinbarungen mit der Union, ich bin nicht der Vater dieses Modells. Die SPD hatte zuvor – in den Gesprächen über die Bildung einer Minderheitsregierung – mit den Grünen und dem SSW die bestehenden Kreisstrukturen in Frage gestellt. Mit der CDU war das leider nicht zu machen. Wenn sie jetzt mehr will, ist das herzlich willkommen. Weniger geht auf gar keinen Fall. Klar ist, dass es nur eine Alternative gibt: Entweder kommen, wie wir es verabredet haben, die kommunalen Verwaltungsregionen oder wir führen eine Gebietsreform mit der Schaffung von Großkreisen durch. Einen dritten Weg gibt es nicht.

**Sie nannten die früheren Gespräche mit den Grünen und dem SSW. Mit ihnen war damals vereinbart worden, fünf Regionalkreise zu bilden und die Großstädte Kiel und Lübeck als selbständige Einheiten bestehen zu lassen. Könnte das jetzt auch ein Modell für die schwarz-rote Koalition werden?**

Da kann man über vieles reden. Ich möchte natürlich, dass die jetzige Diskussion über eine Kreisgebietsreform nicht gleich wieder durch neue Bedingungen erschwert wird. Es muss aber Einigkeit in einem entscheidenden Punkt bestehen. Wenn wir etwas tun, tun wir es nicht als Selbstzweck. Dann geschieht es, um Verwaltungskosten günstiger, professioneller, bürognäher zu machen. Und das heißt: Wir müssen ermöglichen, dass bisherige Landesaufgaben in Regionen verwaltet werden, die über die jetzigen Kreisgrenzen deutlich hinausgehen. Es muss also in etwa in die Richtung des damals geplanten Modells gehen.

**Wenn aber die Verwaltungsstrukturform zu Gunsten einer Kreisgebietsreform gekippt wird, dann ist da der alte Terminus nicht mehr zu halten. Sie wollen, dass das entsprechende Gesetz zur Kommunalwahl 2008 greift. Könnte es**



„Für jedes Modell ist das Hauptkriterium neben der Professionalität die Wirtschaftlichkeit.“ Innenminister Ralf Stegner zu einer möglichen Gebietsreform mit der Schaffung von Großkreisen.

OS: JACQUELINE GUNDEL, 11/07, 11/08, 01/11

Foto JKK

**passieren, dass es gar keine Reform mehr in dieser Legislaturperiode gibt? Wir haben eine Koalition, in der die CDU über 30 Sitze im Landtag verfügt und die SPD über 29. Entweder werden die kommunalen Verwaltungsregionen planmäßig und zeitgerecht umgesetzt oder aber eine Gebietsreform wird noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Letzteres heißt, dass wir vorher irreversible Weichenstellungen vornehmen und klare terminliche Festlegungen treffen. Sollten einige in der CDU meinen, sie könnten beides auf irgendetwann in ferner Zukunft verschleppen, muss man einfach auf den Koalitionsvertrag verweisen. Nichts tun ist keine Option. Und die SPD lässt sich nicht über den Tisch ziehen.**

**Die vier kommunalen Verwaltungsregionen hatten insofern einen gewissen Reiz, als sie sich in ihrem Zuschnitt auch an den Standorten der nachgeordneten Landesbehörden orientierten, deren Aufgaben nach unten gegeben werden sollen. Würde diese Systematik nicht zerstört, wenn man jetzt die Bildung von Großkreisen dem freien Spiel der Kräfte überlassen würde?**

Für jedes Modell ist das Hauptkriterium neben der Professionalität die Wirtschaftlichkeit. Es geht darum, Aufgaben zu übertragen, die von konkreten Menschen an konkreten Orten

wahrgenommen werden. Die Konsequenz aus einer Verwaltungsstrukturreform kann natürlich nicht sein, dass wir nun Umzugsunternehmen durchs Land fahren lassen und Aufgaben gegenüber atomisiert werden. Das Gegenteil muss der Fall sein. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass jeder für eine Verwaltungsstrukturreform im Allgemeinen ist. Wenn es aber konkret wird, sagt jeder erst einmal nein. Das heißt: Ich baue darauf, dass es soviel Freiwilligkeit wie möglich geben sollte. Ein freies Spiel der Kräfte – mit der Folge, dass auch jeder Unsinn beschlossen werden kann – wird aber nicht gehen.

**Welche Auswirkungen hätten denn die Großkreise auf die Gemeinden? Müsste nicht auch eine Gebietsreform auf der untersten kommunalen Ebene die Folge sein?**

Ich bin kein Freund von Gemeindegebietsreformen. Denn unser Problem ist nicht die zu große Zahl von Gemeinden, sondern die zu große Zahl von Fusionen enorme Fortschritte zu verzeichnen. Wir haben ja festgeschrieben, dass eine kommunale Verwaltung mindestens 8000 Einwohner betreiben muss. Wir sehen aber, dass sich schon deutlich größere Einheiten bilden von 20000, 30000 oder gar 40000 Einwohnern. Wir haben bei der

Amtersstrukturreform nur noch ganz wenige Problembereiche.

**Sie wollen möglichst eine Verwaltungsreform und eine Gebietsreform, die Hand in Hand gehen. Was hieße das für die Bürger?**

Das Land tut nur noch das, was es tun muss, nimmt also seine ministeriellen Zuständigkeiten wahr. Aufgaben von nachgeordneten Behörden wie die Katasterverwaltung, der Immissionsschutz oder die Wasserwirtschaft werden auf regionale Einheiten – also zum Beispiel die Großkreise – übertragen. Und die Gemeinden sind für alles zuständig, was nah am Bürger sein muss und kurze Wege erfordert.

**Die Sache hat aber einen Haken. Wenn Sie jetzt etwas beschließen, das über den Koalitionsvertrag hinausgeht, gilt der Parteivorbehalt. CDU oder auch SPD machen eine Gebietsreform. Vielleicht nicht mit. Und dann stehen Sie mit leeren Händen da.**

Natürlich gibt es einen Parteivorbehalt. Und es kann nur eine Änderung des Koalitionsvertrages mit Zustimmung beider Seiten geben. Die SPD hat da keine Probleme. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die CDU die eigene Spitzenmannschaft im Regen stehen lässt, wenn der Ministerpräsident und der Fraktionschef das wollen.